

Arbeit und Ökologie Gewerkschaften können Interessen der Beschäftigten und der Umwelt zusammendenken

Jana Flemming

Summary: In the field of conflict between labor and ecology, insufficient attention has been paid to trade unions and their particular perspectives. For a trade union such as IG Metall, industry has distinct cultural value that needs to be emphasized in political discussions of climate change. Moreover, society's and nature's entanglement takes place within industrial labor itself. This offers much potential for the design and implementation of environmental policy. In order to remove some of the obstacles facing socio-ecological transformation, cultural and political cleavages separating ecological milieus from workers need to be given credence.

Kurz gefasst: Im Konfliktfeld Arbeit und Ökologie wurde den besonderen Perspektiven gewerkschaftlicher Akteure bislang unzureichend Beachtung geschenkt. In der IG Metall spielt der Wert der Industrie auch kulturell eine wesentliche Rolle, der in der klimapolitischen Debatte hervorgehoben werden sollte. Darüber hinaus findet in der industriellen Arbeit ein wesentlicher Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur statt, der auch für umweltpolitische Gestaltung viel Potenzial bietet. Um Hindernisse für eine sozial-ökologische Transformation aus dem Weg zu räumen, sind kulturelle und politische Differenzlinien zwischen ökologischen Milieus und der Arbeiter_innenschaft zu berücksichtigen.

Von beiden Seiten hagelt es Kritik am jeweiligen Gegenüber: Umweltaktivist_innen werfen den Gewerkschaften vor, die Bewältigung ökologischer Probleme nicht systematisch in ihre Politik zu integrieren. Diese wiederum klagen, ökologisch motivierte Akteure nähmen in ihren politischen Forderungen nur wenig Rücksicht auf die Interessen von Beschäftigten. Diese Konfliktlage war Anlass dafür, in meiner Dissertation Gewerkschaften als jene Akteure näher zu betrachten, die gerade nicht die umwelt- und klimapolitischen Debatten dominieren. Interviews mit Expert_innen, speziell aus der Vorstandsverwaltung und den Bezirksleitungen der IG Metall, gewährten Einblicke in die politisch-kulturellen Orientierungen gewerkschaftlicher Akteure.

Der Analyse liegen theoretische Konzepte zugrunde, die das Verhältnis von Natur und Gesellschaft beschreiben. Natürliche Prozesse unterliegen demnach immer gesellschaftlichen Deutungen, die sich voneinander unterscheiden, sich auch widersprechen können. Natürliche Bedingungen (wie das Klima) können allerdings auch Eigendynamiken entfalten, die Gesellschaften nicht vollends kontrollieren und beherrschen können. Entscheidende Vermittlungsinstanz im Stoffwechsel von Natur und Gesellschaft ist aber aus arbeitssoziologischer Perspektive die Arbeit.

Wie also lassen sich die Deutungen von Funktionär_innen einer Industriegewerkschaft in diesem Verhältnis verorten? Sowohl die Stahlproduktion als auch die Automobilindustrie zeichnen sich durch einen hohen Organisationsgrad und starke tarifpolitische Bindung aus. Beide sind jedoch zunehmend ökologischen Regulierungen unterworfen und müssen sich gleichzeitig gegenüber größer werdender Konkurrenz auf dem Weltmarkt behaupten. Dabei geben Gewerkschaften nicht per se sozialpolitischen Ansprüchen den Vorrang. Die IG-Metall-Führung hat sich klar zum Klimaschutz bekannt. Jedoch hat dies teilweise Unzufriedenheit bei den Arbeiter_innen aus der Schwerindustrie ausgelöst.

An der traditionsreichen und in der Organisation kulturell bedeutsamen Stahlindustrie zeigt sich, wie die Gewerkschafter_innen sowohl industriepolitische Probleme als auch die Klimakrise zu bearbeiten suchen. Historisch ist es nicht neu, dass die Stahlbranche mit Überproduktion und daraus folgenden niedrigen Preisen auf dem Markt zu kämpfen hat. Zum Zeitpunkt meiner Untersuchung, die in den Jahren 2016 und 2017 stattfand, verwiesen die Gewerkschafter_innen darauf, dass die Produktion in Ländern wie China, dem weltweit wichtigsten Produzenten von Stahl und Aluminium, staatlich gefördert wird und dort geringeren sozial-ökologischen Standards unterliegt. Der durch die globale Konkurrenzsituation entstehende Preisdruck hat angesichts der Sorge um Standorte und Arbeitsplätze zu Protesten von Gewerkschaften und Beschäftigten geführt. Als moralisches Argument wird vonseiten der Gewerkschafter_innen dabei auch eingebracht, dass die Stahlproduktion an den deutschen Standorten wesentlich umweltfreundlicher ist und energieeffizient betrieben wird. Inzwischen wurde in China jedoch selbst trotz steigender Nachfrage die Produktion gedrosselt, um die CO₂-Emissionen herabzusetzen. Doch soll der globalen Konkurrenzsituation auch in Zukunft vor allem mit technischen Neuerungen begegnet werden; der Stahlsektor soll dekarbonisiert werden. Die Lösung ökologischer Probleme wird damit auf Energieeffizienz und innovative Technologien reduziert. So ist in den Interviews als wesentliches Anliegen für den Klima-

schutz zu hören, „im Bereich Energieeffizienz, Ressourceneffizienz, effizientere Produktionsprozesse und effizientere Produkten besser zu werden“. Auch „über Innovation“ solle „dieses CO₂-Thema“ gelöst werden, wofür höhere Investitionen als notwendig erachtet werden. Mittels technischer Innovationen soll die Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Industrie erhalten bleiben. Dabei ist längst nicht geklärt, ob technologische Innovationen im Zuge einer ökologischen Modernisierung tatsächlich zu einem geringeren Umweltverbrauch führen – mindestens aber ist dies durchaus voraussetzungsvoll.

Von besonderer Dynamik erweist sich für die Gewerkschafter_innen der Wandel der Antriebstechnologien in der Automobilindustrie. Während meines Forschungsaufenthalts bei der Vorstandsverwaltung der IG Metall hatte die Gewerkschaft gerade ein Konzeptpapier „Abgasnorm als Chance“ herausgegeben, das sich mit den Regulierungen von Emissionen auf EU-Ebene befasst. In verhalten euphorischer Weise bringt ein Gewerkschafter im Interview zum Ausdruck, dass die IG Metall sich damit „fast ein bisschen“ an die Spitze des Fortschritts stelle und eine „richtige Position“ vertrete (es wäre ja durchaus naheliegend, dass eine Gewerkschaft mit dem zentralen Organisationsbereich der Automobilindustrie gegen die Beschränkung von Emissionen argumentiert). Insgesamt betrachten die Gewerkschafter_innen ihre Organisation als gewichtigen Akteur, der den Strukturwandel vom Verbrennungsmotor zum E-Motor auf sozial verantwortungsvolle Art und Weise vorantreibt und dabei auch klimapolitische Erfordernisse aufgreift. Ein anderer Gewerkschafter, der selbst für die Integration der klimapolitischen Erfordernisse im Strukturwandel der Automobilindustrie verantwortlich ist, äußert sich allerdings zynisch über die ökologische Selbstdarstellung seiner Organisation. Letztlich seien ökologische Werte und klimapolitische Ziele im Strukturwandel hin zur Elektromobilität nachrangig, in erster Linie gehe es um ökonomische Konkurrenzdynamiken.

In der Auseinandersetzung mit sozial-ökologischen Fragen lässt sich unter den Gewerkschafter_innen also eine grundlegende Ambivalenz ausmachen – Nora Räthzel und David Uzzell haben für andere Länder ein „Jobs versus Environment Dilemma“ beschrieben. Mit dieser Definition des Problems schöpften die Gewerkschaften allerdings ihr eigenes Potenzial nicht aus. Werden soziale und ökologische Belange vor allem als Gegensatz definiert, wird Arbeit als komplementär zur Natur betrachtet, nicht aber in ihrer Vermittlungsfunktion im Stoffwechselprozess zwischen Gesellschaft und Natur. Wenn Lösungsansätze der Gewerkschaften zum Klimaschutz vorrangig um Effizienz und CO₂-Reduktion in der industriellen Produktion kreisen, übernehmen sie die kulturellen Deutungen der ökologischen Krise von den umweltpolitischen Akteuren. An ihre eigenen, tendenziell verdeckten Deutungen knüpfen sie nicht selbstbewusst an. Ökologische Probleme werden so nicht grundsätzlich als inhärenter Bestandteil industrieller Strukturwandelprozesse betrachtet – wo doch die Beschäftigten in ihren jeweiligen Industrien als Bindeglied im Stoffwechsel von Gesellschaft und Natur arbeiten. Lohnend wäre es, die Perspektive zu stärken, dass gerade Industriearbeiter_innen in ihrer täglichen Arbeit an einem Prozess mitwirken, der politisch gestaltet wird beziehungsweise werden kann. Denn bislang findet der wesentliche Teil gewerkschaftlicher Umweltpolitik auf Basis staatlicher oder europäischer Politik statt.

Wenn gerechte Übergänge für die Beschäftigten gestaltet werden sollen, anstatt ihnen die Kosten der Transformation einseitig aufzubürden, könnten die Möglichkeiten der Mitbestimmung auch um ökologische Fragen erweitert werden. Betriebsrät_innen sind hier als Agenten des Strukturwandels gefragt, mit Rückenstärkung sowohl durch die Gewerkschaft als auch von Umweltverbänden. Ziel wäre es, unter Einbeziehung der Belegschaften und mit humanen Arbeitsbedingungen ökologisch sinnvolle Produkte herzustellen. Damit diese am Markt platziert werden können, sind sozial-ökologische Investitionsprogramme notwendig. Zur politischen Gestaltung gerechter Übergänge gehören auch Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Digitalisierung (ein Beispiel ist hier die Programmierschule bei VW in Wolfsburg) und der Umwelttechnik. Insofern müssen Gewerkschaften nicht mehr nur mit den Sozialpartnern, sondern auch mit Umweltpartnern verhandeln und von ihnen einfordern, auch die soziale Dimension des Wandels stärker in den Blick zu nehmen.



Jana Flemming ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion am WZB. Dort ist sie als Postdoc mit den Auswirkungen von Automatisierung und Digitalisierung in der Arbeitswelt in Folge der Covid-19-Krise befasst. Sie promovierte mit einer Arbeit über politisch-kulturelle Orientierungen gewerkschaftlicher Akteure in sozial-ökologischen Transformationsprozessen. (Foto: Kopf und Kragen)

jana.flemming@wzb.eu

Solche neuen Bündnisse sind nicht unbedingt leicht umsetzbar. Traditionell wird Anhänger_innen von Gewerkschaften zugeschrieben, sich vor allem an Arbeitsplatzsicherheit und Konsum zu orientieren. Umweltbewusstsein und nachhaltige Lebensstile werden eher bei Menschen aus besserverdienenden, zumindest aber mit höherem Bildungsgrad ausgestatteten Mittelschichten vermutet. Doch ist dies oft widersprüchlich hinsichtlich ihres Umweltverhaltens, denn diese Milieus haben einen großen ökologischen Fußabdruck, zum Beispiel aufgrund ihres Flugverhaltens oder großer Wohnungen. Darüber hinaus wird das nach außen getragene Umweltbewusstsein und der Einkauf ökologisch nachhaltiger Produkte als Mechanismus sozialer Distinktion eingesetzt – sie demonstrieren damit eigene moralische Integrität. Das kann dazu beitragen, dass Arbeiter_innen gewissermaßen eine „Distinktion von unten“ gegenüber den nachhaltigkeitsorientierten Milieus entwickeln. Sie verschmähen ökologische Werte nicht unbedingt, weil sie kein Interesse an einer intakten Umwelt haben, sondern weil sie von einem Milieu vertreten werden, das dem ihren fremd ist und als wenig glaubwürdig wahrgenommen wird.

Doch in den Interviews mit den Gewerkschafter_innen zeigen sich unterschiedliche Einschätzungen des Stellenwerts von Umwelt- und Klimaschutz im Wertesystem der Beschäftigten. Einige betonen, dass die hohe Bedeutung von Arbeitsplatzsicherheit und guten Tariflöhnen nicht gegen ein Interesse an Umweltschutzfragen spricht. Andere gehen allerdings davon aus, dass ein zu hohes Maß gewerkschaftlicher Umweltpolitik abschreckend auf ihre Mitglieder wirken oder sie gar zu einer Verlagerung politischer Einstellungen nach rechts veranlassen könnte. Ein durchaus gewichtiges Argument angesichts des Erstarkens sowohl der umweltpolitischen als auch der rechtspopulistischen Kräfte, denn beide stehen sich in ihren politischen Zielen beinahe komplementär gegenüber und können soziale Spaltungen im Land weiter vertiefen – eine Polarisierung, gegen die die IG Metall engagiert eintritt. Gleichwohl schließt diese sozialpolitische Entwicklung nicht aus, dass sich auch die Gesellschaftspolitik von Gewerkschaften weiter der Sorge um eine intakte Umwelt widmet. Dies hat sie bereits in der Vergangenheit getan, wenn dies – wie zum Beispiel im Fall der Debatte um die Atomkraft – auch eine umstrittene Thematik in der Organisation sein kann.

Letztlich aber bleibt den Gewerkschaften nur – wie den umweltpolitischen Akteuren auch –, an einer Vereinbarkeit sozialer und ökologischer Fragen zu arbeiten. Dafür könnten neue Denkmodelle hilfreich sein, die zum Beispiel darauf abzielen, die Arbeitszeit generell zu verkürzen. Mit weniger Arbeitszeit hätten Menschen einen Gewinn an Lebensqualität – und mehr Möglichkeiten, ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Sie könnten zum Beispiel in die Bahn steigen statt ins Flugzeug. Nachgewiesen ist bereits, dass sich die Menschen stärker für soziale und ökologische Belange engagieren, wenn sie mehr Zeit haben. Selbstredend sind flankierende politische Maßnahmen – wie die steuerliche Subventionierung für den Ausbau ökologisch nachhaltiger Infrastrukturen im Mobilitätssektor und entsprechender Verkehrsmittel – notwendig, um diese Integration arbeits- und umweltpolitischer Belange wirksam werden zu lassen.

Literatur

Buhl, Johannes/Acosta Fernandez, José: „Work Less, Do Less?“ In: *Sustainability Science*, 2016, Jg. 11, H. 2, S. 261–276. DOI: 10.1007/s11625-015-0322-8.

Görg, Christoph: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster: Westfälisches Dampfboot 1999.

Kraemer, Klaus: „Ist Prekarität nachhaltig? Nachhaltiger Konsum und die Transformation des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus“. In: Stefan Bösch/Bernhard Gill/Cordula Kropp/Katrin Vogel (Hg.): *Klima von unten. Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2014, S. 173–189.

Liebig, Steffen: *Arbeitszeitverkürzung als Konvergenzpunkt? Sozial-ökologische Arbeitskonzepte, Wachstumskritik und gewerkschaftliche Tarifpolitik*. Reihe *International Labour Studies*. Campus Verlag 2021.

Rätzkel, Nora/Uzzell, David: „Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma“. In: *Global Environmental Change*, 2011, Jg. 21, H. 4, S. 1215–1223.